

## Personalsorgen ganz oben und unten

Liebe Leserin, lieber Leser

Das VBS hat einige turbulente Wochen hinter sich – und noch ein arbeitsintensives Jahresende vor sich. Da müssen am gleichen Tag Wechsel auf zwei Chefposten verkündet werden. Während für VBS-Generalsekretär Toni Eder nach dessen – mindestens nach aussen – überraschenden Rücktritt auf Ende Jahr bereits eine Nachfolge präsentiert werden konnte – auf Anfang 2024 soll der jetzige Vizedirektor des Bundesamtes für Energie, Daniel Büchel, übernehmen –, ist wieder offen, wer an der Spitze des neuen Staatssekretariates für Sicherheit stehen soll.

Der zuvor von einer Findungskommission und der Fachstelle für Personensicherheit durchleuchtete designierte Chef Jean-Daniel Ruch hatte das Handtuch zu werfen. Der eigentlich schon vorher erkennbare Schatten in dessen Lebenswandel wurde plötzlich zum Sicherheitsrisiko. Das ganze Vorgehen wirft allerdings auch ein schlechtes Licht auf die Sicherheitskultur in Bundesbern.

Über den Nichtantritt von Ruch dürften aber einige nicht unglücklich sein. So hätte der bekennende NATO- und USA-Skeptiker zum Stolperstein auf dem Weg zu mehr Kooperation mit den europäischen Nachbarn und NATO-Staaten werden können. Nun ist er mindestens ein Stolperstein im Terminkalender für einen planmässigen Start des neuen Staatssekretariates. Zum jetzigen Zeitpunkt ist noch offen, ob der Topdiplomate Thomas Greminger der VBS-Chefin aus der Patsche helfen soll. Der einstige OSZE-Generalsekretär, Generalstabsoffizier und heutige Direktor des Genfer Zentrums für Sicherheitspolitik würde jedenfalls über die nötigen fachlichen Kompetenzen verfügen.

Doch nicht nur in der Chefetage drücken Personalsorgen, auch bei der Truppe halten diese an. Wenn in den WKs die vielen personellen Lücken den Kommandanten Kummer bereiten, hat die Armee mit einem Effektivbestand von rund 147 000 Angehörigen dennoch zu viele Männer und Frauen in ihren Reihen. Linke Politiker kritisieren diesen Umstand, denn gesetzlich dürften es maximal 140 000 Leute sein. Entgegen den ursprünglichen Plänen aus dem VBS, doch einfach zwei zusätzliche Jahrgänge zu entlassen, um die gesetzliche Limite wieder einzuhalten, ist der Bundesrat nun nochmals in sich gegangen. Er will sich die Kompetenz geben



**Christian Brändli, Chefredaktor**

[christian.braendli@asmz.ch](mailto:christian.braendli@asmz.ch)

lassen, den gesetzlich maximalen Effektivbestand an Militärdienstpflichtigen für eine gewisse Zeit zu überschreiten. Offenbar ist ihm doch noch die Einsicht gekommen, dass es in einer Zeit, in der gerade wieder Krieg in Europa geführt wird und auch weltweit Krisen grassieren, nicht wirklich opportun ist, junge Soldaten einfach mal so vorzeitig in Pension zu schicken.

Allerdings lenkt diese Personaldiskussion vom sich im Hintergrund immer mehr auftürmenden Bestandesproblem ab. Bereits auf mittlere Sicht fehlen Armee und Zivilschutz Zehntausende. Und noch immer ist kein Rezept beschlossen, wie dieser Existenzfrage begegnet wird. Kein passendes Mittel dafür ist jedenfalls die nun eingereichte Service-Citoyen-Initiative. Mit ihr wird ein Bürgerdienst für alle zugunsten von Gemeinschaft und Umwelt gefordert. Was in unbedarften Ohren verlockend klingt – könnten damit nicht alle Personalsorgen gelöst werden? –, würde in der Realität Armee und Zivilschutz noch mehr in Bedrängnis bringen. Auch wenn in der Initiative steht, dass der Sollbestand der «Kriseninterventionsdienste» garantiert werde, läuft sie darauf hinaus, dass jeder und jede – Frauen sollen auch dienstpflichtig werden – auswählen könnte, wo nun diese Bürgerpflicht absolviert würde. Oder wer gar nicht mag, kann sich auch freikaufen: «Personen, die keinen Dienst zugunsten der Allgemeinheit und der Umwelt leisten, obwohl sie dazu verpflichtet sind, schulden eine Abgabe», heisst es treuherzig in Absatz 4 des vorgeschlagenen neuen Verfassungsartikels 59.

Statt solcher untauglicher Ansätze müssen nun endlich nachhaltige Lösungen auf den Tisch, die auf längere Sicht garantieren, dass die in Armee und Zivilschutz benötigten Männer und Frauen auch rekrutiert werden können.